
FDP Hersfeld-Rotenburg

KLINIK-STANDORT BAD HERSFELD IN GEFAHR! FDP VERWEHRT SICH GEGEN KLINIK-FUSION MIT FULDA

07.11.2014

Der FDP-Kreisverband Hersfeld-Rotenburg sieht den Klinik-Standort Bad Hersfeld bei einer möglichen Fusion mit dem Klinikum Fulda in akuter Gefahr und verwehrt sich gegen den von CDU und SPD getroffenen Kreistagsbeschluss, der unserem Landkreis erneut schaden und schwächen wird.

In der vergangenen Kreistagssitzung stimmten CDU und SPD, gegen die Stimmen der FDP, für die Beschlussvorlage von Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt, eine Klinikfusion zwischen dem Klinikum Bad Hersfeld und dem Klinikum Fulda anzustreben, sofern sich keine kreisinterne Lösung abzeichnen sollte.

„Durch diesen absurden Beschluss, erhält der Landrat einen Freibrief dafür, schon bald Verhandlungen mit dem Klinikum Fulda aufzunehmen, indem er kreisinterne Lösungen einfach für gescheitert erklärt. Der Kreistag hat dann kein Mitspracherecht mehr.“, warnt Bad Hersfelds FDP-Chef Bernd Böhle.

Die Liberalen sind sich sicher, dass dieser Beschluss den Klinikstandort Bad Hersfeld in akute Gefahr bringen wird. Ebenso erscheint es ihnen völlig unverständlich, warum Landrat Dr. Schmidt zum Ende seiner Amtszeit riskiert, als Totengräber des Klinikums Bad Hersfeld in die Geschichtsbücher einzugehen.

Die Gefahr bei der Klinikfusion mit Fulda besteht nach Auffassung der FDP darin, dass viele Abteilungen in Bad Hersfeld abgebaut und bestehende Abteilungen anschließend in Fulda ausgebaut werden. Für die Menschen im Kreis Hersfeld-Rotenburg bedeutet dies, dass eine medizinische Vollversorgung nur noch in Fulda angeboten wird und eine

Behandlung in Bad Hersfeld dann nicht mehr gewährleistet ist. Dass dies tatsächlich der Fuldaer Vorstellung entspricht, hat deren Oberbürgermeister Möller bereits öffentlich erklärt.

„Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass der Landrat sowie die Abgeordneten von CDU und SPD im Kreistag sich ohne Not auf eine Einbahnstraße der Fusion des städtischen Klinikums Fulda begeben und damit das Wohl der hiesigen Bevölkerung völlig außer Acht lassen.“, sagt FDP-Kreisvorsitzender Werner David.

Während man der Stadt Fulda einen Blankocheck für die Fusion per Kreistagsbeschluss ausstellt, werden für den kreiseigenen Interessenten - das HKZ in Rotenburg - brüskierende Vorbedingungen aufgestellt. Ob eine Zusammenarbeit überörtlicher Art auch mit anderen Interessenten (z. B. Marburg, Gießen, etc.) einmal geprüft worden ist, ist bisher nicht bekannt.

„Viele Bereiche der öffentlichen Verwaltung wie z. B. das Arbeitsgericht oder die Verwaltungsleitung der Bundesagentur für Arbeit sind in den vergangenen Jahren ersatzlos von Bad Hersfeld nach Fulda verlagert wurden. Es ist daher völlig inakzeptabel, dass der Landkreis diesen Trend zum eigenen Schaden fortsetzt, obwohl Alternativen bereitstehen. Ziel der Politik muss es sein, für Hersfeld-Rotenburg eine lebensfähige Klinik zu erhalten. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig“, fügen Böhle und David abschließend hinzu.